

## Stellungnahme VIVANT-Fraktion Plenarsitzung 14.12.04

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitverantwortliche, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Das zentrale Anliegen des Programms von VIVANT, für die Deutschsprachige Gemeinschaft, ist der Abbau des bereits sehr großen Schuldenberges. Ohne eine Umschuldung in eine neue Kreditlinie im Januar 2004, welche die Steuerzahler der DG mit einigen Millionen Euro bezahlen dürfen, hätten Sie Herr Lambertz, noch vor den Wahlen den Bankrott erklären müssen, denn Sie hätten die Schuldzinsen nicht mehr bezahlen können. Das hätte Sie sehr wahrscheinlich die Wiederwahl gekostet. Die VIVANT – Fraktion distanziert sich hiermit kategorisch von diesem Vorgehen!

Im Ausgabenhaushalt 2005-2006 sind die Bekenntnisse, die Schulden abzubauen zu wollen, nicht an Hand von effektiven Sparmaßnahmen erkennbar. Nur VIVANT sagt eindeutig, auch im Großen, siehe Verwaltungs- und Kulturzentren in St.Vith und in Eupen, wo wir sparen wollen. Hier bleibt die Stellungnahme unserer Oppositionsmitstreiter hinter den Ansprüchen zurück! Werte Kollegen von der CSP, Sie haben zwar ECOLO und VIVANT eine Hungerkur verordnen wollen, und, glauben Sie mir, VIVANT wird sich bemühen den zugedachten asketischen Forderungen gerecht zu werden, sie sahen sich aber nicht in der Lage, neben den Kleinen, auch die großen Brocken, die für die DG einfach nicht mehr bezahlbar sind, zu benennen: Warum eigentlich nicht? Auch an ECOLO geht die Frage nach den konkreten Sparprojekten, im Kleinen UND im Großen. Wir müssen uns doch innerhalb der Opposition im Klaren sein, dass die Mehrheitskoalition nur dann ernsthaft den großen Wurf wagen wird, wenn die

gesamte Opposition diesbezüglich geschlossen voranschreitet. Die VIVANT- Fraktion unterstreicht nochmals, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialistischen Partei, dass Schulden der Öffentlichen Hand zutiefst unsozial sind, und hier können auch Sie, werte Fraktionsmitglieder der PFF praktisch demonstrieren, was Sie unter sozialem Liberalismus verstehen und wie ernsthaft Sie es tatsächlich mit Ihrem neu entdeckten Sozialanspruch meinen. So wie es jetzt ist, bewirken die Schulden, dass 90% der Menschen schuften, damit 10% immer reicher werden können.

Und so ist der Übergang zu dem angezeigt, was Sie, Herr Lambertz, Herr Ministerpräsident Lambertz, gestern, den gebetsmühlenartigen Vortrag von VIVANT nannten.

- Ungerechte Verteilung der Reichtümer und Kaufkraftverlust der Familien mit kleinen Einkommen, ein Kernanliegen der sozialistischen Parteien: Dem stellt VIVANT das individuelle, bedingungslose Grundeinkommen entgegen.
- Umschichtung der Besteuerung von der Arbeit hin zu einer Besteuerung des Konsums, die wichtigste Säule des wirtschaftlich-sozialen Modells von VIVANT, zur Entlastung von Unternehmen und Gewerbebetrieben und zur Sicherung sowie Schaffung von Arbeitsplätzen, ein Kernanliegen der Liberalen Parteien
- Energiesparmaßnahmen und Förderung der Solarenergien, ein ganz wichtiges Element im VIVANT-Programm für die Deutschsprachige Gemeinschaft: Zugleich, wegen der Zusammenhänge mit Klima und Umwelt bestimmt ebenfalls eine tief grüne Forderung.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, bitten wir um Verständnis, wenn VIVANT die Hoffnung noch nicht begraben hat, dass

Sie Alle eines Tages in die gleichen Gebet mit einstimmen werden!

Können Sie Sich dann auch der Meinung anschließen, dass ein Einsatz unseres Ministers für die Anliegen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Namur und in Brüssel, genauso, wenn nicht noch viel wichtiger ist als der Einsatz hier vor Ort. Wird so nicht offensichtlich, dass die Position eines einzigen Gemeinschaftsministers, dem noch ein stellvertretender Minister zugeordnet wäre, um ein Vielfaches mehr an Autorität in Namur und in Brüssel, diesen Brennpunkten unseres Interesses, ausstrahlen könnte, als die Verwässerung dieses hohen Amtes durch seine Inflation im Kleingliedstaat?

Mein Plädoyer gegen den progressiven Ausverkauf unserer parlamentarischen Demokratie, während der Debatte am 18. Oktober in diesem Hause, hat in der Folge einige zusätzliche Argumente erhalten.

So, als der Rechnungshof dem Parlament davon abriet, der Forderung der Exekutive nachzugeben, Budgetverschiebungen auch zwischen den Organisationsbereichen durchführen zu können, ohne dass diese Maßnahme dann jeweils vom Parlament abgesegnet werden muss.

So, als uns im Ausschuss mitgeteilt wurde, dass das Parlament, von dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Dekretes zur Gemeindeaufsicht an, endgültig alle Befugnisse in diesem neuen Zuständigkeitsbereich an die Exekutive abgetreten haben wird. Es bleibt lediglich eine Informationspflicht gegenüber dem Parlament.

So auch, als das Parlament erfahren durfte, dass die Debatten über die belgische Staatsreform, - im Prinzip doch wirklich eine Angelegenheit für die Parlamente! -, ganz ohne Parlamentsvertretungen und nur unter Ministern geführt wird.

Das erinnert doch schon sehr an die Vorgehensweise des Europäischen Ministerrates, welcher zu unser aller großem Nachteil, Legislative und Exekutive in einer Person vereint. Auf die unsäglichen GATTs Verhandlungen, welche diese Herrschaften initiieren und sanktionieren, wurde vor einigen Tagen hier im Parlament hingewiesen. Die nicht annehmbaren Bestimmungen vor allem im wirtschaftlich-finanziellen und steuerrechtlichen Bereich in der neuen EU-Verfassung gehen auch auf die Kappe dieser Herren. Das Volk weiß, warum diese Minister sich so verhalten und beginnt mehr und mehr auf die Strasse zu gehen!

Man sollte auch berücksichtigen, dass selbst die Entscheidungen in den Parlamenten nicht gänzlich nach freiem Gewissensentscheid möglich sind. Partei, Fraktion, Exekutive, ja selbst die Öffentlichkeit, wachen mit Argusaugen darüber, wie der einzelne Abgeordnete abstimmt: Für VIVANT ist das ein wesentlicher Grund für die so genannte "Partikratie" in Belgien und die Politikverdrossenheit in unserem Lande. Zur Fragestellung der geheimen Abstimmung liegt dem Präsidium seit langen Wochen ein ausgearbeiteter Abänderungsvorschlag von VIVANT vor, mit dem Ziel einer geheimen Abstimmung im Parlament, wenn ein Parlamentsmitglied dies verlangt. VIVANT bedauert, dass dieser Vorschlag nicht bereits vor der Abstimmung zum Haushalt 2005-2006 hier im Parlament eingebracht wurde.

Wenn wir von VIVANT, Herr Ministerpräsident Lambertz, die Ministerriege also mit Exekutive und nicht mit Regierung ansprechen, so geschieht das nicht um irgend wen zu beleidigen, sondern um zu unterstreichen, was die Minister wirklich sind, nämlich nur die Ausführenden der Beschlüsse durch das Parlament, und dem Parlament, so müsste es sein, zur Rechenschaft verpflichtet, jederzeit und bei jeder einzelnen Handlung! Stellen Sie Sich vor, es würde einer rechtsextremen Partei gelingen, einen Ministerposten zu bekleiden: Dann würde doch jeder Abgeordnete, welcher der Charta der Menschenrechte verpflichtet ist, die Entscheidungen dieses Ministers engmaschig überwachen wollen.

Sie hatten gestern Abend, und damit komme ich zum Schluss, gemeint, dass sich bei VIVANT etwas tue. Vielleicht meinten Sie damit, dass die Stellungnahmen von VIVANT gestern weniger markant waren als sonst, und vielleicht haben sie im Verlauf der heutigen Stellungnahme Ihre Meinung schon wieder geändert, eines kann ich Ihnen aber versichern: Wir sind in der VIVANT- Bewegung ganz besonders einem Zahn in unserer Gebetsmühle ganz besonders verpflichtet, und zwar unserer Forderung an uns selber, dass wir unsere Meinung korrigieren sollten, wenn Andere bessere Lösungen als wir präsentieren. Weil Sie bisher noch keine ursächlichen Lösungen für die aktuellen großen Herausforderungen der Menschen in der DG und darüber hinaus angeboten haben, hoffen wir von VIVANT also auch darauf, dass Sie und die anderen Mitverantwortlichen in diesem Hause, sich ebenfalls einer besseren Lösung von Anderen werden anschließen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

St.Vith, den 14.10.2004

**Dr. J. Meyer**

Sprecher der VIVANT- Fraktion